Ausschuss für Bildung und Soziales
Sitzung am 20.11.2006

Drucksache Nr. 132/2006 öffentlich

Schwarzwald-Baar-Kreis

# Beratung des Haushaltsplanes 2007

**Sachverhalt:**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 06. November 2006 den Haushaltsentwurf für 2007 zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

| **Die wichtigsten Eckdaten für den Haushalt 2007** | | |
|---|---|---|
| | **Haushalt 2007** | **Haushalt 2006** |
| Haushaltsvolumen insgesamt | 203.074.000 € | 196.818.000 € |
| davon im Verwaltungshaushalt | 181.777.000 € | 177.927.000 € |
| davon Vermögenshaushalt | 21.297.000 € | 18.891.000 € |
| | | |
| Kreisumlagehebesatz | 35,17% | 35,42% |
| Kreisumlage in EURO | 59.906.000 € | 56.275.000 € |
| | | |
| Zuführung vom VwH an den VmH | 4.950.000 € | 3.648.000 € |
| Ordentliche Tilgung | 2.851.200 € | 2.726.200 € |
| Nettoinvestitionsrate | 2.098.800 € | 921.800 € |
| | | |
| Kreditaufnahmen | 7.012.600 € | 5.063.400 € |
| Nettokreditaufnahme | 4.161.400 € | 2.337.200 € |
| Sog. rentable Neuverschuldung | 4.210.000 € | 2.195.000 € |
| | | |
| Planmäßiger Schuldenstand zum 31.12. | 53.641.000 € | 49.480.000 € |

Die Beratung im Ausschuss für Bildung und Soziales erstreckt sich nach den Regelungen der Hauptsatzung auf folgende Einzelpläne, Abschnitte und Unterabschnitte (UA):

| **Einzelplan 2** | **Schulen**<br>**Seite 272 bis Seite 313** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 10.867.100 | 11.086.100 |
| Sonstige Finanzeinnahmen | 177.700 | 34.100 |
| **Gesamteinnahmen** | **11.044.800** | **11.120.200** |
| Personalausgaben | 3.779.200 | 3.812.000 |
| Sach- und Betriebsaufwand | 8.988.900 | 8.349.200 |
| **Gesamtausgaben** | **12.768.100** | **12.161.200** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-1.723.300** | **-1.041.900** |

**Allgemeine Bemerkung zur Entwicklung im Einzelplan 2**

Der Einzelplan 2 weist im Haushaltsentwurf 2007 einen Fehlbetrag aus von 1,72 Mio. €. Im Vorjahr lag dieser planmäßig noch bei 1,04 Mio. €. Der finanzielle Mehrbedarf im Schulhaushalt von etwa 680.000 € hat im Wesentlichen folgende Ursachen:

**Einnahmen:**

- Wenigereinnahmen bei den Sachkostenbeiträgen -268.000 €
- Mehreinnahme durch Entnahme aus der Überschussrücklage für das Internat u.a. zur Fehlbetragsabdeckung 140.000 €
- Wenigereinnahmen Landesbeihilfe für Unterbringungskosten (Internat) -84.000 €
- Höhere Einnahmen durch Interne Leistungsverrechnung (ILV) 90.000 €
- Höhere Einnahmen durch Erstattungen f. Christy-Brown-Schule 50.000 €

**Saldo Wenigereinnahmen** **-70.000 €**

**Ausgaben:**

- Mehrausgaben für die Gebäudeunterhaltung -70.000 €
- Gestiegene Bewirtschaftungskosten -160.000 €
- Höhere Interne Leistungsverrechnung (ILV) -160.000 €
- Rücknahme der Pauschalkürzung Lehrmittel und Lernmittel -140.000 €

| | |
|---|---|
| • Zunahme Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen auf das beweglich Vermögen | -30.000 € |
| • Verschiedene kleinere Mehrausgaben | -50.000 € |
| **Summe Mehrausgaben** | **-610.000 €** |
| **Saldo Wenigereinnahmen und Mehrausgaben** | **-680.000 €** |

Die Mehrbelastungen durch Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen sowie aus der ILV stellen keine reale Verschlechterung dar. Die Gegenpositionen zu diesen Ausgaben erfolgen durch entsprechende Einnahmen in anderen Bereichen des Haushalts. Mit den Abschreibungen wird der Ressourcenverbrauch beim beweglichen Vermögen der Schulen im Verwaltungshaushalt dargestellt.

Insbesondere die Wenigereinnahmen aus den Sachkostenbeiträgen aber auch die Mehrausgaben für Gebäudeunterhaltung, Bewirtschaftungskosten sowie Lehr- und Lernmittel wirken sich belastend auf die Gesamtentwicklung des Einzelplanes 2 aus.

**Grundsätzliches zur Finanzierung der Schulkosten**

Kommunale Schulträger erhalten über den Finanzausgleich Beiträge zu den laufenden sächlichen Schulkosten. Mit diesen Sachkostenbeiträgen soll ein 90 %iger Ausgleich der Schulsachkosten erreicht werden, die restlichen 10 % sind vom Landkreis als Schulträger beizusteuern. Auf Grund einer seit Jahren sparsamen Mittelveranschlagung im Schulbereich lag die Deckungsquote der Sachkostenbeiträge in unserem Landkreis über dem Sollwert. Im Haushalt 2006 betrug die Deckungsquote rd. 95 % nach 104 % im Jahr 2005. Im Haushaltsentwurf für 2007 liegt diese Quote auf Grund der oben beschriebenen Veränderungen bei knapp 86 %.

Für das Haushaltsjahr 2007 ist mit einer gleich bleibenden Zahl von 10.908 Schülern zu rechnen. Dass die Gesamteinnahmen aus den Sachkostenbeiträgen trotzdem um knapp 270.000 € auf 6,67 Mio. € zurück gehen, ist auf deutlich gekürzte Beitragssätze (4 bis 9 %) zurückzuführen.

Die Einsparungen vieler Landkreise in den vergangenen Jahren im Schulbereich sind die Ursachen für die weiteren Kürzungen der Sachkostenbeiträge, weil sich diese an den tatsächlichen Ausgaben, in diesem Fall des Jahres 2004, orientieren.

**Gebäudeunterhaltung an Schulgebäuden, Untergruppe 5010 bei allen Schulen**

Mit den hier veranschlagten Mitteln müssen die kreiseigenen Schulgebäude in Stand gehalten werden. In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gesundheit am 19.05.2003 (DS-Nr. 42/2003) wurde die von der Verwaltung erstellte Prioritätenliste für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen, unterteilt in drei Dringlichkeitsstufen, zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss beschloss, dass der dort dargestellte Unterhaltungsrückstand in einem Zeitraum von etwa 5 Jahren entsprechend der Prioritätenliste abgebaut werden soll. Das Haushaltsjahr 2007 ist das vierte Jahr dieses Zeitraums. Es wurden hauptsächlich Maßnahmen der Dringlichkeitsstufe 2 in den Haushaltsentwurf aufgenommen. Daneben mussten aber auch dringende andere bauliche Mängel berücksichtigt werden. Der Ausschuss wurde in seiner Sitzung am 23.10.2006 (DS-Nr. 104/2006) über den derzeitigen Stand der Umsetzung des Prioritätenkatalogs informiert. Die in 2007 eingeplanten Einzelmaßnahmen sind aus der Aufstellung über die Unterhaltung der Schulgebäude auf den Seiten 570 bis 572 des Haushaltsentwurfs zu entnehmen. Der neue Ansatz ergibt sich aus dem dringend notwendigen Bedarf und liegt mit insgesamt 1,1 Mio. € um rund 65.000 € über dem Ansatz des Jahres 2006 (1,03 Mio. €).

**Bewirtschaftungskosten, Gruppe 5400 bei allen Schulen**

Bei den Bewirtschaftungskosten der Schulen von insgesamt 2,27 Mio. € (Vorjahr 2,11 Mio. €) mussten die erheblichen Preissteigerungen für Strom, Öl und Gas sowie die Mehrwertsteuererhöhung berücksichtigt werden. Bei der Kalkulation wurden die durchschnittlichen Verbrauchswerte sowie die aktuellen Energiepreise herangezogen. Aufgrund aktueller Vertragsverhandlungen mit den Energieversorgern mussten Preissteigerungen beim Strom von bis zu 10 % zuzüglich Mehrwertsteuererhöhung einkalkuliert. werden.

**Lehr- und Lernmittel, Gruppen 5910, 5920 und 5921 bei allen Schulen**

Die Ansätze für Lehr- und Lernmittel wurden bereits für das Jahr 2004 pauschal um 15 % gekürzt. In den Jahren 2005 und 2006 wurde diese Kürzung beibehalten. Es

zeigt sich allerdings immer deutlicher, dass die Schulen mit diesen gekürzten Ansätzen nicht mehr auskommen. Bei den Fachbüchern sind mit zunehmender Qualität auch Preissteigerungen zu verzeichnen. Die Umstellung des Unterrichts auf Lernfelder hat ebenfalls höhere Kosten bei den Lehr- und Lernmitteln zur Folge. Die Verwaltung hat deshalb im Haushaltsentwurf zumindest die letzte Kürzung der Ansätze für Lehr- und Lernmittel rückgängig gemacht. Damit werden wieder die Pauschalsätze erreicht, die vor der Kürzung im Jahr 2004 galten. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Pauschalsätze im Haushalt 2007 immer noch erheblich niedriger liegen als vor 15 Jahren, als erstmals mit den Kürzungen begonnen wurde.

**Internat der Landesberufsschule (Unterabschnitt 2431), S. 296 bis S. 298**

Das Jahresergebnis des Internats der Landesberufsschule wies im Jahr 2005 einen Überschuss von 143.596,85 € aus, der der Überschussrücklage als Teil der Allgemeinen Rücklage zugeführt wurde. Im Jahr davor verzeichneten wir noch einen Fehlbetrag von 151.082,27 €. Kostenunterdeckungen können nach § 9 Abs. 2 KAG innerhalb von 5 Jahren ausgeglichen werden. Bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs für das Internat hatte die Verwaltung zwei Ziele vor Augen. Zum einen sollte im Jahr 2007 auf eine weitere Erhöhung der Internatsgebühren verzichtet werden, zum anderen wäre eine zumindest teilweise Abdeckung der Kostenunterdeckung aus 2004 anzustreben. Die Verwirklichung beider Ziele ist nur durch eine Entnahme des Überschusses von 2005 aus der Allgemeinen Rücklage möglich. Dadurch kann der Gebührenhaushalt ohne Erhöhung der Internatsgebühren ausgeglichen und ein Teil der Kostenunterdeckung aus 2004 von 86.500 € ausgeglichen werden. Der Beschlussvorschlag am Ende dieser Vorlage enthält eine entsprechende Formulierung.

Die Kalkulation der Internatsgebühren und der Ausgleich des Gebührenhaushalts ergibt sich aus den Ansätzen und Erläuterungen auf den Seiten 296 und 297.

Aus heutiger Sicht wird für das Jahr 2008 die nächste Anpassung der Internatsgebühren notwendig werden. Dort könnte dann die restliche Abdeckung der Kostenunterdeckung aus 2004 in die Gebühr einkalkuliert werden.

**Schulamt (Unterabschnitt 2010), S. 274 und 275**

Die Erlöse des Schulamtes incl. der FAG-Zuweisungen für die Kosten der Verwaltungsreform übersteigen die Kosten planerisch um knapp über 53.000 €. Die Effizienzrendite für das Jahr 2007 liegt danach bei 24,78 %. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Verwaltungsreform im Vorbericht auf S. 30 ff. verwiesen.

**Kreismedienzentren (HHStn. 2950.5200 und 2951.5200), S. 311 und 312**

Im Haushaltsentwurf 2007 wurden die gleichen Ansätze wie im Vorjahre veranschlagt.

| **Einzelplan 3**<br>**(ohne UA 3600 Naturschutz)** | **Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege**<br>**Seite 314 bis Seite 322** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 23.300 | 22.300 |
| **Gesamteinnahmen** | **23.300** | **22.300** |
| Personalausgaben | 139.800 | 140.500 |
| Sach- und Betriebsaufwand | 179.900 | 159.200 |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 101.400 | 98.400 |
| **Gesamtausgaben** | **421.100** | **398.100** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-397.800** | **-375.800** |

**Antrag auf Bezuschussung im Bereich der Freiwilligen Leistungen**

Per Mail vom 24.10.2006 beantragt die Harmonika-Kreisvereinigung Donaueschingen einen Zuschuss in Höhe von 500 €. Der Antrag wird mit der aktiven Beteiligung an der Kreis-Jugendarbeit begründet. Die Harmonika-Kreisvereinigung Donaueschingen sieht ihre Arbeit ähnlich wie die des Kreisjugendrings. Der Antrag ist als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügt.

**Stellungnahme der Verwaltung**

Die Verwaltung schätzt die wertvolle Arbeit der Harmonika-Kreisvereinigung Donaueschingen insbesondere im Bereich der Jugendarbeit. Seit dem Jahr 2004 hat der Landkreis die Bezuschussung von Vereinigungen und Verbänden jedoch weitgehend eingestellt. Eine Bezuschussung der Harmonika-Kreisvereinigung würde im Interesse der Gleichbehandlung auch wieder eine Förderung der anderen Vereinigungen und Verbände nach sich ziehen. Deswegen empfiehlt die Verwaltung, den Antrag nicht aufzugreifen.

**Musikschulen (UA 3330), S. 320**

Der Ansatz für Zuschüsse an die Jugendmusikschulen war im Haushalt 2006 um den bisher auf die aufgelöste Jugendmusikschule Villingen-Schwenningen entfallenden Zuschuss in Höhe von 18.000 € gekürzt worden. Bereits mit Schreiben vom 16.11.2005 beantragte die Musikakademie Villingen-Schwenningen einen finanziellen Zuschuss. Dieser Antrag lag dem Kreistag in der abschließenden Haushaltsberatung als Anlage 1 zur DS-Nr. 158/2005 vor. Der Kreistag folgte damals dem Vorschlag der Verwaltung, die Entwicklung der Musikakademie erst einmal abzuwarten und erst nach Aufnahme des Musikunterrichts im Laufe des Jahres 2006 über eine Bezuschussung zu entscheiden. Nach den letztjährigen Haushaltsberatungen ging auch ein Antrag der Gemeinde Niedereschach auf Bezuschussung der dort gegründeten Jugendmusikschule ein. Die Gemeinde Niedereschach hatte sich zu einer eigenen Lösung entschlossen, nachdem das Vertragsverhältnis mit der Jugendmusikschule Villingen-Schwenningen gelöst worden war.

Die Höhe der Zuschüsse an Jugendmusikschulen richtet sich innerhalb des zur Verfügung gestellten Gesamtbetrags bisher zu 2/3 nach der Zahl der Wochenstunden und zu 1/3 nach der Schülerzahl. Würde man diese Kriterien und die bisherigen Sätze auf die Musikakademie Villingen-Schwenningen und die Jugendmusikschule Niedereschach anwenden, ergäbe das Zuschussbeträge von rd. 3.800 € bzw. 1.100 €. Die Verwaltung hat deshalb im Haushaltsentwurf den Gesamtansatz für Zuschüsse an Jugendmusikschulen um 5.000 € auf 36.000 € erhöht. Dieser Ansatz liegt trotzdem deutlich unter dem des Jahres 2005 mit 49.000 €.

Die beiden Anträge der Musikakademie Villingen-Schwenningen und der Gemeinde Niedereschach sind dieser Vorlage als Anlagen 2 und 3 beigefügt.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass eine Bezuschussung von Jugendmusikschulen nicht von der Rechtsform abhängig gemacht werden sollte. Die Jugendmusikschulen nehmen eine gesellschaftspolitisch sehr wertvolle Aufgabe wahr. Die Nachfolgeeinrichtungen der Jugendmusikschule Villingen-Schwenningen sollten deswegen nach denselben Kriterien bezuschusst werden wie die übrigen Jugendmusikschulen.

| **Abschnitt 40**<br>**(ohne UA 4070)** | **Verwaltung der sozialen Angelegenheiten**<br>**Seite 325 bis Seite 336** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 504.300 | 596.700 |
| **Gesamteinnahmen** | **504.300** | **596.700** |
| Personalausgaben | 3.711.500 | 3.613.700 |
| Sach- und Betriebsaufwand | 1.562.400 | 1.409.500 |
| **Gesamtausgaben** | **5.273.900** | **5.023.200** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-4.769.600** | **-4.426.500** |

**Vorbemerkung zu den folgenden Abschnitten des Einzelplanes 4**

Die Soziale Sicherung ist der dominierende Bestandteil in der Ausgabenstruktur des Landratsamts. Hier entscheidet sich der Einnahmebedarf des Landkreises. Das Volumen der Sozialen Sicherung im Kreishaushalt nahm ab 2005 durch die Reformen und Rückdelegationen vom Landeswohlfahrtsverband Baden und von der Stadt Villingen-Schwenningen noch erheblich zu. Leider gilt dies auch für den zu deckenden Finanzbedarf. In diesem Abschnitt besteht eine hohe Abhängigkeit von externen Einflüssen, Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises auf den Mittelbedarf sind nur sehr begrenzt vorhanden. In der Regel sind die Ansprüche der Hilfeempfänger sowohl in den Anspruchsvoraussetzungen, als auch in ihrer Höhe (z. B. Kosten der Unterkunft) gesetzlich normiert. Der Einfluss des Kreises auf die Kostenentwicklung ist somit auf den relativ unbedeutenden Anteil der Freiwilligkeitsleistungen, wie z. B. Zuschüsse, eingeschränkt. In den letzten Jahren, insbesondere aber im Jahr 2005, sahen sich die Landkreise der Entwicklung ausgesetzt, dass Bund und Land in diesem Aufgabenbereich Lasten ohne adäquaten Finanzausgleich auf die Kreisebene verlagerten.

**Zum Abschnitt 40 – Verwaltung der sozialen Angelegenheiten, S. 325 bis S. 336**

Der Nettoaufwand in diesem Abschnitt, in dem hauptsächlich der Personal- und Sachaufwand des gesamten Sozialamtes veranschlagt ist, erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 343.100 €. Verantwortlich sind Wenigereinnahmen von 92.400 € und Mehrausgaben von 250.700 €. Die Hauptursachen werden wir folgt erläutert:

- Im Sozialamt (UA 4000) steigen die Personal- und Sachkosten um 83.700 €. Dies ist hauptsächlich in der Einstellung einer weiteren Eingliederungshilfe-

fachkraft im Sachgebiet Eingliederungshilfe für behinderte Menschen begründet.

- Im Versorgungsamt (UA 4010) steigen die Fallzahlen und damit auch die Kosten für die Beweiserhebungen weiter an. Die Sachkosten erhöhen sich dadurch um 40.000 €.
- Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV, UA 4040) steigen die Personal- und Sachkosten um insgesamt 174.500 €. Durch die gestiegenen Fallzahlen muss mehr Personal eingesetzt werden, was in der Folge auch zu höheren Sachkosten führt.
- Personalbbau aufgrund gesunkener Fallzahlen sorgt im Ausgleichsamt (UA 4090) für eine Reduzierung der Personal- und Sachkostenansätze um 73.600 €. Im Gegenzug sinken aber auch die Einnahmen um 92.000 €.

**Versorgungsamt, Unterabschnitt 4010, S. 326**

Die Erlöse des Versorgungsamtes in Form der FAG-Zuweisungen für die Kosten der Verwaltungsreform unterschreiten die Kosten planerisch um 185.700 €. Die Effizienzrendite für das Jahr 2007 liegt danach bei -17,09 %. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Verwaltungsreform im Vorbericht auf S. 30 ff. verwiesen.

| **Abschnitt 41** | **Sozialhilfe nach dem SGB XII**<br>**Seite 337 bis Seite 349** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 2.064.000 | 835.000 |
| Sonstige Finanzeinnahmen | 4.265.000 | 4.544.500 |
| **Gesamteinnahmen** | **6.329.000** | **5.379.500** |
| Sach- und Betriebsaufwand | 100.000 | 100.000 |
| Hilfeleistungen | 35.786.000 | 35.753.000 |
| Sonstige Finanzausgaben | 2.500.000 | 1.664.000 |
| **Gesamtausgaben** | **38.386.000** | **37.517.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-32.057.000** | **-32.137.500** |

**Allgemeine Bemerkung zum Abschnitt 41, Sozialhilfe**

Der Sozialhilfenettoaufwand verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 80.500 €. Diese Feststellung könnte im Vergleich zu gegenteiligen Aussagen zunächst irritieren. Sie trifft nur deshalb zu, weil der Aufwand für Hartz IV nicht im Abschnitt 41 son-

dern im Abschnitt 48 veranschlagt ist. Die finanziell bedeutendste Hilfeart im Abschnitt 41 ist die 2005 vom aufgelösten Landeswohlfahrtsverband Baden übernommene Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Unterabschnitt 4170. Der Nettoaufwand dieses Unterabschnitts beträgt 15,64 Mio. €.

Die für die Veranschlagung wesentlichen Positionen im Abschnitt 41 im Haushalt 2007 erläutern wir wie folgt:

**Hilfe zum Lebensunterhalt (Unterabschnitt 4100), S. 337 und S. 338**

Im Rahmen von Hartz IV wurde das Bundessozialhilfegesetz und das Grundsicherungsgesetz im Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) zusammengeführt. Dadurch verlor die Hilfe zum Lebensunterhalt weitgehend an Bedeutung. Bereits in den Jahren davor hatte ein Abwanderungsprozess aus der Hilfe zum Lebensunterhalt in die Grundsicherung stattgefunden. Verursacht wurde dies durch die Einführung der **Grundsicherung** für alte oder erwerbsunfähige Personen zum 01.01.2003. Beide Faktoren wirkten sich in Bezug auf den Unterabschnitt 4100 entlastend aus. Der Aufwand findet sich erhöht bei der Grundsicherung im Unterabschnitt 4104 und bei den Kosten der Unterkunft im Unterabschnitt 4820 wieder. Der Nettoaufwand der Hilfe zum Lebensunterhalt ist mit 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,39 Mio. €) veranschlagt. Zudem ist bei HHSt. 4100.8320 auch der seit 2005 neu eingeführte Soziallastenausgleich (Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG) mit einem Ausgabeansatz von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 1,66 Mio. €) einzuplanen. Dieser zweite Soziallastenausgleich wurde eingeführt, um den Aufgabenübergang von den Landeswohlfahrtsverbänden auf die Landkreise auf der Basis des Jahres 2003 unter den Landkreisen kostenneutral zu gestalten. Daneben ist bei HHSt. 4100.1710 der bisher schon bekannte Soziallastenausgleich mit Einnahmen von 1.578.000 € (Vorjahr 250.000 €) veranschlagt, der überdurchschnittliche Belastungen eines Sozialhilfeträgers aus der Sozialhilfe ausgleicht. Die starke Erhöhung der Einnahme wird durch die überdurchschnittliche Kostenbelastung des Landkreises für Hartz IV verursacht. Der Nettoaufwand im gesamten Unterabschnitt 4100 reduziert sich durch die per Saldo zu verzeichnenden Verbesserungen aus den Soziallastenausgleichen um 337.000 € auf 2,47 Mio. €.

**Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (UA 4104), S. 357**

Der Nettoaufwand der Grundsicherung ist im Haushalt 2007 mit 5,51 Mio. € veranschlagt. Gegenüber dem Haushaltsplan 2006 ist dies ein Mehraufwand in Höhe von 600.000 €. In der offenen Hilfe verzeichnen wir hier in 2006 Fallzahlensteigerungen von teilweise bis zu 18 %, eingerechnet wurden für 2007 jedoch nur 8 %. Dieser Bereich wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahren ansteigen. Durch die schlechte wirtschaftliche Lage in den letzten Jahren und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit konnte sich eine zunehmende Personenzahl nur geringe Rentenansprüche sichern, die in der Folge zu einem Anspruch auf Grundsicherungsleistungen führen.

**Hilfe zur Pflege (Unterabschnitt 4110), S. 341**

Die hohen Fallzahlensteigerungen Mitte des letzten Jahres haben sich erfreulicherweise nicht fortgesetzt. Sie liegen seit geraumer Zeit auf gleich bleibendem Niveau. Durch Einmalfaktoren auf der Einnahmeseite sowie durch die unveränderte Fallzahlenentwicklung wird der Nettoansatz 2006 in der Hilfe zur Pflege nicht ausgeschöpft. Daher kann der Nettoansatz 2007 um 635.000 € auf 5,12 Mio. € reduziert werden.

**Hilfe zum Lebensunterhalt (Unterabschnitt 4150), S. 345**

Ein Teil des Hilfebedarfs für Fälle in der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege und der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten wird durch die Hilfe zum Lebensunterhalt abgedeckt. Dieser Anteil wird nicht bei den Haupthilfearten wie z.B. der Eingliederungshilfe (UA 4170) veranschlagt, sondern für alle vom Landeswohlfahrtsverband übernommenen Hilfearten zentral im Unterabschnitt 4150. Nach der Hochrechnung für 2006 wird der Nettoaufwand von 1,38 Mio. € nicht ausgeschöpft, sondern bei ca. 1,16 Mio. € abschließen. Für 2007 wurden in den genannten Bereichen keine Fallzahlensteigerungen eingeplant, so dass der Nettoansatz 2007 entsprechend um 221.000 € auf 1,16 Mio. € reduziert werden kann.

**Hilfe zur Pflege für unter 65-jährige (Unterabschnitt 4161), S. 346**

Der Nettoansatz erhöht sich um 210.000 € auf 1,34 Mio. €. Der Ansatz 2006 war durch Einmalfaktoren auf der Einnahmeseite positiv beeinflusst, die 2007 nicht mehr berücksichtigt werden können. Der Ausgabeansatz liegt mit 1,4 Mio. € immer noch unter den Daten, die vom Landeswohlfahrtsverband für 2005 gemeldet wurden.

**Hilfe für behinderte Menschen (Unterabschnitt 4170), S. 347**

Die Eingliederungshilfe ist der größte Kostenblock in der Sozialen Sicherung. Der Nettoaufwand erhöht sich im Unterabschnitt 4170 von 15,34 Mio. € um knapp 2 % auf 15,64 Mio. €. Die Erhöhung ist auf geringere Einnahmen zurückzuführen. Einmalige Wohngeldeinnahmen für die Jahre 2004 und 2005, die erst 2006 vereinnahmt werden konnten, können 2007 nicht mehr berücksichtigt werden. Die bei Übernahme der Aufgabe vom Landeswohlfahrtsverband befürchteten Fallzahlen- und Kostensteigerungen sind bisher ausgeblieben. Durch Einstellung einer weiteren Eingliederungshilfefachkraft im Jahr 2006 bemüht sich die Verwaltung weiterhin, ambulante Maßnahmen weiter auszubauen und kostenintensive stationäre Maßnahmen zu verhindern. Daher steigt der Ansatz für ambulante Ausgaben auf 1,14 Mio. €, während der Ansatz für stationäre Maßnahmen auf 18,15 Mio. € reduziert wurde.

**Hilfen zur Gesundheit (Unterabschnitt 4180), S. 348**

In diesem Unterabschnitt wird die Krankenhilfe für die ehemaligen Fälle des Landeswohlfahrtsverbandes verbucht. Aufgrund des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses 2006 haben wir im Haushalt 2007 für die offene Hilfe 5.000 € und für die stationäre Krankenhilfe 20.000 € veranschlagt.

**Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Unterabschnitt 4190), S. 349**

Der Nettoaufwand erhöht sich um 60.000 € auf 355.000 €. Die Hauptursache ist eine Rechtsänderung zum 01.08.06, wonach dieser Personenkreis nicht mehr zum SGB II (Hartz IV) gehört, so dass hier keine Einnahmen mehr anfallen werden in Form von Kostenerstattungen von der Arbeitsagentur (Regelleistung) und unserem Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitssuchende (Kosten der Unterkunft). Fallzahlensteigerungen wurden für 2007 nicht eingerechnet.

| **Abschnitt 42** | **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**<br>**Seite 350 bis Seite 356** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 182.000 | 212.500 |
| Sonstige Finanzeinnahmen | 17.000 | 4.000 |
| **Gesamteinnahmen** | **199.000** | **216.500** |
| Hilfeleistungen | 1.457.000 | 1.586.000 |
| **Gesamtausgaben** | **1457.000** | **1.586.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-1.258.000** | **-1.369.500** |

## Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Abschnitt 42)

Im Bereich der Asylbewerber ist am 01.04.2004 das geänderte Flüchtlingsaufnahmegesetz in Kraft getreten. Mit der dort vorgenommenen Pauschalierung der Ausgabenerstattungen erfolgte ein Systemwechsel. Während früher eine Mischung zwischen Spitzabrechnung (Liegenschaftsausgaben, Krankenhilfe) und Pauschalierung (Verwaltungsausgaben, Betreuungsausgaben und Leistungsausgaben) Grundlage für die Ausgabenerstattung war, werden nunmehr alle bisherigen Erstattungsleistungen in einem Betrag von 7.845 € pro Asylbewerber für 20 Monate zusammengefasst. Nach den Berechnungen der Verwaltung ist diese Pauschale nicht kostendeckend. Auf Initiative der Landkreise und des Landkreistags Baden-Württemberg hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten des geänderten Flüchtlingsaufnahmegesetzes eine Überprüfung der Pauschale vorzunehmen und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten. Ein Ergebnis der Prüfung liegt noch nicht vor.

Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz waren in den vergangenen Jahren erfreulicherweise rückläufig. Durch die schwachen Zugangszahlen sinken aber auch die Einnahmen aus den Pauschalen. Insgesamt sinkt der Nettoaufwand im Abschnitt 42 um 8,1 % oder 111.000 € auf 1,26 Mio. €.

| **Abschnitt 43** | **Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe)**<br>**Seite 357 und Seite 361** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 281.000 | 470.000 |
| **Gesamteinnahmen** | **281.000** | **470.000** |
| Personalausgaben | 283.400 | 297.300 |
| Sach- und Betriebsaufwand | 529.800 | 627.700 |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 549.500 | 549.500 |
| **Gesamtausgaben** | **1.362.700** | **1.474.500** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-1.081.700** | **-1.004.500** |

**Übergangswohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte (Abschnitte 4360 und 4361), S. 359 und 360**

Bei den Übergangswohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften mussten auf Grund der bereits angeführten Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes die Mieten und Bewirtschaftungskosten seit 01.04.2004 vom Landkreis übernommen werden. Durch den geplanten Abbau bzw. die Umwidmung von Kapazitäten können hier die Ansätze für Mieten und Bewirtschaftungskosten um insgesamt 87.000 € zurückgenommen werden, nachdem diese bereits im Vorjahr um 114.000 € reduziert worden waren. Im Unterabschnitt 4360 mussten dafür 166.000 € (Vorjahr: 216.000 €), im Unterabschnitt 4361 ein Betrag von 253.000 € (Vorjahr: 290.000 €) veranschlagt werden. Aufgrund der geringen Zugangszahlen sinken aber auch die Kostenerstattungen des Landes (-75.000 €) und die Wohnheimgebühren (-115.000 €). Insgesamt steigt dadurch der Nettoaufwand des Abschnitts 43 um 77.000 €.

Insgesamt ist für den Abschnitt 42 sowie die Unterabschnitte 4360 und 4360 ein Nettoaufwand von 1,79 Mio. € veranschlagt, das sind 34.300 € weniger als im Vorjahr.

| **Abschnitt 44** | **Kriegsopferfürsorge**<br>**Seite 362 bis Seite 364** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 384.000 | 364.000 |
| Sonstige Finanzeinnahmen | 80.000 | 85.000 |
| **Gesamteinnahmen** | **464.000** | **449.000** |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 560.000 | 540.000 |
| **Gesamtausgaben** | **560.000** | **540.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-96.000** | **-91.000** |

Der Nettoaufwand bleibt in etwa auf dem gleichen Niveau. Sowohl im UA 4400, in dem die Fälle verbucht werden, die auch schon vor der Auflösung des LWV in unserer Zuständigkeit waren, als auch im UA 4405, in dem die vom LWV übernommenen Fälle veranschlagt werden, haben wir konstante Fallzahlen mit konstanten Einnahmen und Ausgaben.

| **Unterabschnitt 4700** | **Förderung der Wohlfahrtspflege**<br>**Seite 375 und Seite 376** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| Sach- und Betriebsaufwand | 1.000 | 1.000 |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 207.700 | 198.000 |
| **Gesamtausgaben** | **208.700** | **199.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-208.700** | **-199.000** |

**Anträge auf Bezuschussung im Bereich der Freiwilligen Leistungen**

1. **Antrag des Caritasverbandes auf Anwendung der Sozialhilferichtlinien bei der Förderung der Tagesstätte**

   Mit Schreiben vom 22.08.2006 (s. Anlage 4 zu dieser Vorlage) beantragte der Caritasverband Schwarzwald-Baar-Kreis die Anwendung der ursprünglich geltenden Rahmenrichtlinie des Landeswohlfahrtsverbandes Baden (LWB) zur Förderung der Tagesstätte für psychisch Kranke. Bis zum Jahr 2004 wurde die Tagesstätte des Caritasverbandes durch den LWB entsprechend dieser Richtlinien mit 105.000 € pro Jahr bezuschusst. Nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände wurde mit dem Caritasverband eine Individualvereinbarung getroffen, in

der der Förderzuschuss des Landkreises schrittweise auf 99.750 € im Jahr 2005 und 94.500 € für 2006 reduziert wurde. Dieser reduzierte Ansatz wurde von der Verwaltung auch in den Haushaltsentwurf für 2007 eingestellt. Die Anwendung der Rahmenrichtlinie hätte die Erhöhung auf die ursprüngliche Summe zufolge.

Da sich der Ausschuss für Bildung und Soziales am 11.10.2004 (DS-Nr. 122/2004) für eine individuelle Festlegung des Zuschusses entschieden hat, sieht sich die Verwaltung nicht in der Lage, den Antrag des Caritasverbandes zu befürworten.

2. **Antrag der AWO auf Erhöhung des Zuschusses zur ambulanten Fachberatung für wohnungslose Menschen nach §§ 67 ff SGB XII (Anlage 5)**
Der vom LWB bis zum Jahr 2004 gewährte institutionelle Förderbetrag in Höhe von 57.159,71 € wurde vom Ausschuss für Bildung und Soziales vom 11.10.2004 (DS-Nr. 121/2004) auf 52.000 € gekürzt. Die ambulante Fachberatungsstelle ist die Anlaufsstelle für Wohnsitzlose bzw. von Wohnungsverlust bedrohte Menschen im Schwarzwald-Baar-Kreis. Die Fachberatungsstelle leistet dabei zum einen die Wiedereingliederung Wohnsitzloser, die gem. §§ 67 ff SGB XII eine kommunale Pflichtleistung ist. Daneben übernimmt die Fachberatungsstelle die Auszahlung von Leistungen nach SGB II und SGB XII.

Seit Einführung von Hartz IV hat sich zum einen die Zahl der von der Fachberatungsstelle zu betreuenden Personen aufgrund der allgemein bekannten wirtschaftlichen Situation erhöht. Zum anderen hat sich aufgrund der Rechtsänderungen der Betreuungs- und Informationsaufwand, gerade in Fragen der Krankenversicherung, erhöht. Die Verwaltung hält deshalb den Erhöhungsantrag für gerechtfertigt und hat einen Zuschuss in Höhe von 55.000 € jährlich vorgesehen.

3. **Antrag der AWO auf anteiligen Sachkostenzuschuss zum Betrieb der Tagesstätte „Wärmestube im Paradies“**
Mit Schreiben vom 29.09.2006 (Anlage 6) hat die AWO einen Sachkostenzuschuss für ihre Wärmestube beantragt, in der sie werktags Frühstück, Mittagstisch sowie Aufenthaltsräume für Wohnungslose bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen anbietet.

Bei der Wärmestube handelt es sich um eine Freiwilligkeitsleistung. Daher wurde hierfür von der Verwaltung kein Ansatz vorgesehen.

| **Abschnitt 48 (ohne UA 4810 Unterhaltsvorschuss)** | **Weitere soziale Bereiche Seite 379 bis Seite 380** | |
|---|---|---|
| | **2007 €** | **2006 €** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 145.000 | 165.000 |
| Sonstige Finanzeinnahmen | 5.430.000 | 4.190.000 |
| **Gesamteinnahmen** | **5.575.000** | **4.355.000** |
| Hilfeleistungen | 18.650.000 | 15.400.000 |
| **Gesamtausgaben** | **18.650.000** | **15.400.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-13.075.000** | **-11.045.000** |

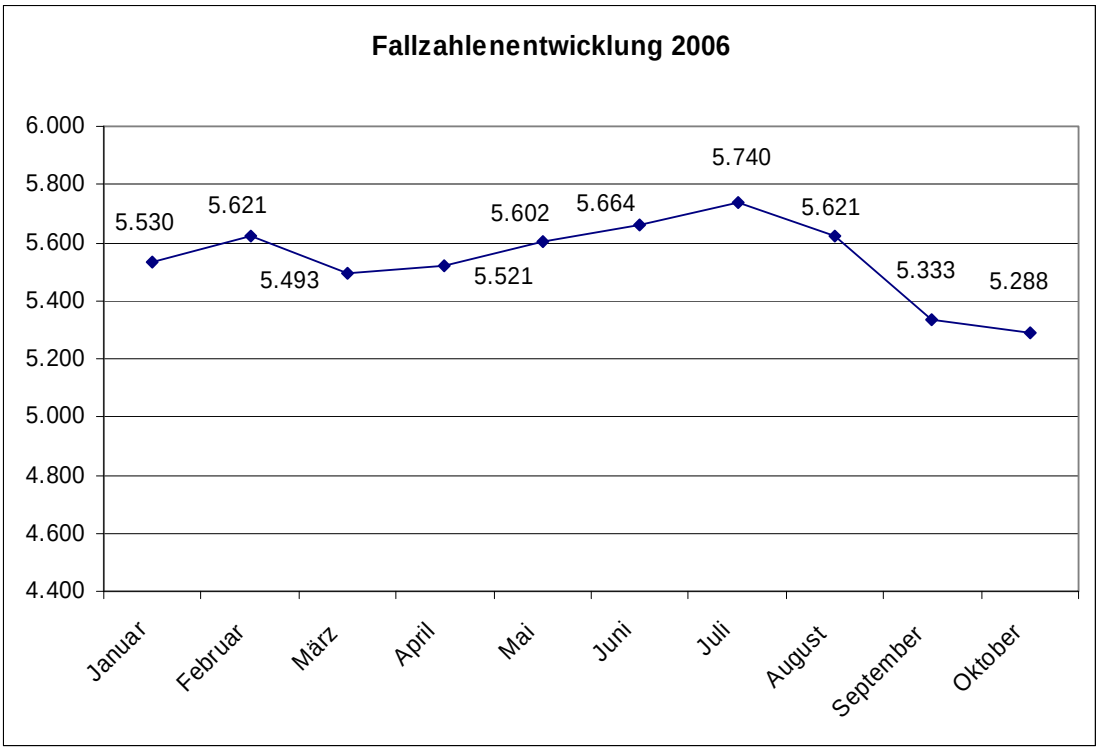
**Grundsicherung für Arbeitssuchende – Kosten der Unterkunft (Unterabschnitt 4820), S. 379**

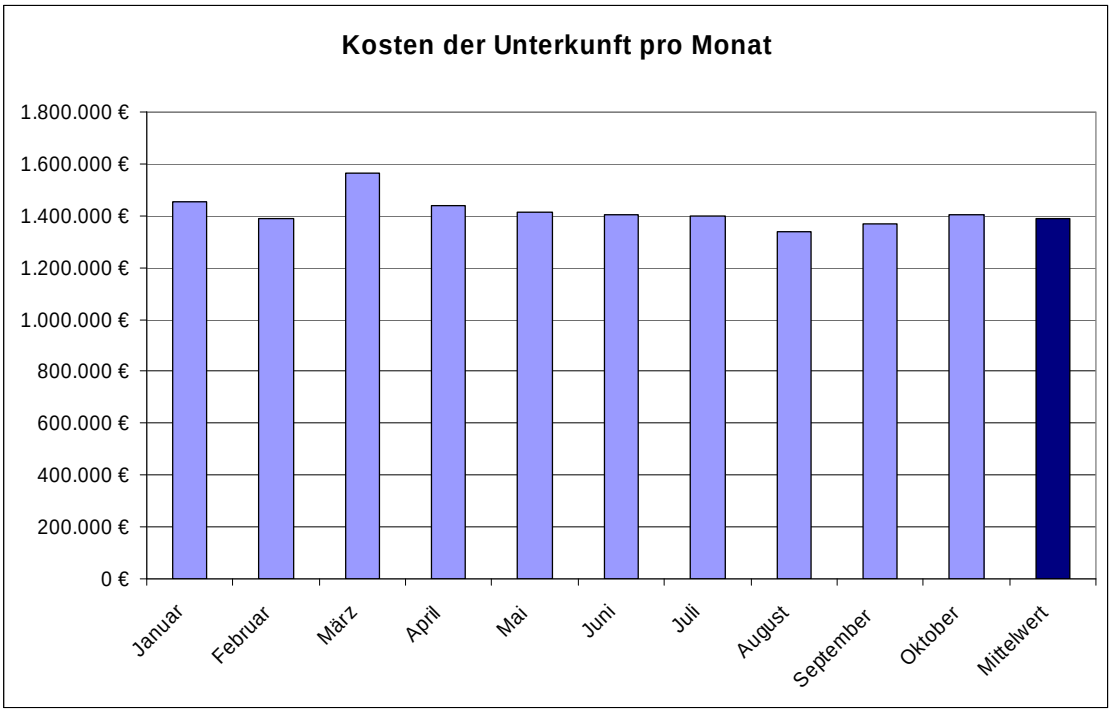
Seit 2005 muss der Landkreis für die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger und für die bisherigen Sozialhilfeempfänger, die einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II haben, die Kosten der Unterkunft übernehmen. Seit der Übernahme der Aufgabe ist der Landkreis mit einer kontinuierlich steigenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften und damit verbundenen Kostensteigerungen konfrontiert. Hatte man zusammen mit der Arbeitsagentur die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zum 01.01.2005 auf 3.900 prognostiziert, wurde zum 31.07.2006 mit 5.740 Bedarfsgemeinschaften der bisherige Höchststand erreicht. Seither sind die Fallzahlen rückläufig (siehe folgende Grafik „Fallzahlenentwicklung 2006“). Dies zeigt jedoch bisher keine Auswirkungen auf die Ausgabenentwicklung beim Landkreis. Die Grafik „Kosten der Unterkunft pro Monat“ zeigt vielmehr, dass sich die Aufwendungen seit Monaten auf einem konstant hohen Niveau befinden. Dies hat im Wesentlichen folgende Gründe:

- Durch eine Gesetzesänderung des SGB II werden Personen unter 25 Jahren, die in einer Haushaltsgemeinschaft leben, nicht mehr als eigene Bedarfsgemeinschaft geführt, sondern zusammen mit dem gesamten „Familienverband“. Leben z.B. die Eltern sowie 2 erwachsene Kinder in einem Haushalt, waren dies in der Statistik bisher 3 Fälle und die Kosten der Unterkunft für den Haushalt wurden auf diese 3 Fälle aufgeteilt. Nach der Gesetzesänderung werden diese

3 Fälle zu einem Fall zusammengefasst. Dadurch verringert sich die Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften, nicht jedoch der Aufwand.

- Von Zeit zu Zeit müssen manuelle Datenbereinigungen vorgenommen werden. Im EDV-Verfahren werden auch diejenigen Fälle, deren Bewilligungszeitraum abgelaufen ist, weiterhin als laufender Fall gezählt, ohne dass Auszahlungen vorgenommen werden. Diese Fälle müssen im Programm manuell beendet werden. Die letzte größere Überprüfungsaktion fand in der Zeit zwischen August und September 2006 statt und führte zu einem größeren Fallzahlenrückgang, wiederum ohne Auswirkungen auf die Kostenentwicklung.






Der Nettoaufwand der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist mit 12,21 Mio. € (Vorjahr 10,17 Mio. €) veranschlagt. Die Ausgabeansätze des Jahres 2007 entsprechen der Hochrechnung für das laufende Jahr 2006. Fallzahlensteigerungen im Vergleich zur bereinigten Basis wurden nicht einkalkuliert. Ebenso wurden Erhöhungen der Heizkostenpauschalen und die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung bei den Nebenkosten nicht berücksichtigt. Diese müssten durch Verbesserungen bei der Bundesbeteiligung, durch das Fortentwicklungsgesetz oder durch Maßnahmen der Arbeitsagentur und des Landkreises (z.B. Meldepflicht, bessere Vermittlung jüngerer ALG II-Bezieher, Außendienst) ausgeglichen werden.

In der Sondersitzung des Bundeskabinetts am 05.11.2006 wurde nach vorangegangener Einigung zwischen Bund und Ländern eine Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft von 4,3 Mrd. € vereinbart. Dies ergäbe zunächst eine Quote von 31,8 %, das wären 2,7 Punkte mehr als die bisherige Beteiligung von 29,1 %. Eine Änderung der Verteilung der Bundesmittel auf die Länder wurde nicht beschlossen. Dem Vernehmen nach werden die Länder in den nächsten Wochen einen Vorschlag für einen ausgleichenden Mechanismus zwischen den Ländern vorlegen, der etwaige ungleiche Belastungen der Kommunen in den Ländern ausgleichen soll. Gedacht ist daran, eine Quote von 0,7 % des Bundesanteils von der Gesamtsumme abzuziehen (damit läge die Quote dann bei 31,1%), um sie für diesen Sonderausgleich zur Ver-

fügung zu stellen. In welcher Weise und auf welchem Weg diese Ausgleichsmittel verteilt werden sollen, ist noch unklar. Es ist zu erwarten, dass hierüber unter den Ländern zunächst einmal gestritten werden wird. Der Landkreistag warnt die Landkreise davor, „das Fell des Bären zu verteilen, bevor er erlegt ist“.

Die Verwaltung ist sehr zufrieden damit, dass die Diskussionen über eine Senkung der Bundesbeteiligung noch unter die bisherigen 29,1 % vom Tisch sind. Vorsichtshalber rechnen wir bis zu einer endgültigen Einigung unter den Ländern mit einer Bundesbeteiligung von 31,1 %. Das würde auf der Basis des bisherigen Ansatzes bei HHSt. 4820.1910 zu Mehreinnahmen von etwa 340.000 € führen. Angesichts dessen, dass bei den Ausgaben keinerlei Fallzahlen- oder Kostensteigerungen einkalkuliert sind, sollte von einer entsprechenden Erhöhung des Einnahmeansatzes abgesehen werden, um Haushaltsrisiken auf der Ausgabenseite abzumildern.

**Landesblindenhilfe (Unterabschnitt 4840), S. 380**

Die Landesblindenhilfe fiel 2005 durch die Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes in die Zuständigkeit des Landkreises. Aufgrund konstanter Fallzahlen bleibt es in etwa bei den bisherigen Ansätzen. Der Nettoansatz reduziert sich geringfügig um 5.000 € auf 865.000 €.

| **Unterabschnitt 4900** | **Krankenversorgung nach § 276 LAG Seite 381** | |
|---|---|---|
| | **2007 €** | **2006 €** |
| Einnahmen aus Verw. und Betrieb | 0 | 0 |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 15.000 | 18.000 |
| **Gesamtausgaben** | **15.000** | **18.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-15.000** | **-18.000** |

Keine Erläuterung

| **Unterabschnitt 5500** | **Förderung des Sports**<br>**Seite 387** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| Zuweisungen und Zuschüsse | 71.600 | 77.800 |
| **Gesamtausgaben** | **71.600** | **77.800** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-71.600** | **-77.800** |

Bei dem oben genannten Ansatz handelt es sich nicht um tatsächliche Ausgaben. Die kostenlose Überlassung der Schulturnhallen für den Jugendsport wird hier als freiwillige Leistung dargestellt. Die Ausgaben werden bei den jeweiligen Schulen wieder vereinnahmt und stellen somit nur Verrechnungen aus dem Einzelplan 5 in den Einzelplan 2 dar. Der im Vergleich zu 2006 geringere Ansatz ist durch die Baumaßnahme an der Turnhalle der Kaufmännischen Schulen VS und dem damit verbundenen Nutzungsausfall begründet.

**Vermögenshaushalt**

| **Einzelplan 2** | **Schulen**<br>**Seite 469 bis Seite 490** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **970.000** | **163.000** |
| **Gesamtausgaben** | **5.230.200** | **1.819.900** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-4.260.200** | **-1.656.900** |

Der Bruttobetrag von rd. 5,2 Mio. €, den wir im Jahr 2007 in unsere Schulen investieren wollen, entfällt auf folgende Investitionsmaßnahmen:

- 1.550.000 € Zweite Rate für den Neubau des Technischen Gymnasiums in VS-Schwenningen
- 1.100.000 € Zweite Rate für die Erweiterung und Sanierung der Turnhalle der Kaufmännischen Schulen VS-Villingen.
- 1.500.000 € Erste Rate für die Sanierung des Hauses 3 des Internats
- 170.000 € Umgestaltung des Eingangsbereichs an der Landesberufsschule

- 150.000 € Fassaden- und Blechdachsanierung an der Albert-Schweitzer-Schule in VS-Villingen
- 20.000 € Erste Planungsrate für die Erweiterung der Kfz-Werkstätten an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen
- 721.500 € Anschaffungen von Maschinen und Geräten für die Schulen

Die Aufteilung der letzten Position auf die einzelnen Schulen geht aus der Aufstellung auf S. 429 bis 432 des Haushaltsentwurfs hervor.

| **Einzelplan 3**<br>**(ohne UA 3600 Naturschutz)** | **Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege**<br>**Seite 491** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| **Gesamtausgaben** | **60.000** | **93.800** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-60.000** | **-93.800** |

Hier ist die letzte Rate des vor Jahren beschlossenen Zuschusses für die Museumsbahn in Blumberg mit 60.000 € (insgesamt 307.000 €) eingeplant.

| **Abschnitt 40**<br>**(ohne UA 4070)** | **Verwaltung der sozialen Angelegenheiten**<br>**Seite 494 bis Seite 498** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| **Gesamtausgaben** | **5.100** | **16.100** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-5.100** | **-16.100** |

Im Abschnitt 40 sind EDV-Neu- und Ersatzbeschaffungen für das Sozialamt veranschlagt.

| **Abschnitt 43** | **Soziale Einrichtungen**<br>**Seite 499 und Seite 500** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| **Gesamtausgaben** | **0** | **2.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **0** | **-2.000** |

Keine Erläuterung

| **Unterabschnitt 4720** | **Förderung von Altenpflegeheimen**<br>**Seite 503** | |
|---|---|---|
| | **2007**<br>**€** | **2006**<br>**€** |
| **Gesamteinnahmen** | **0** | **0** |
| **Gesamtausgaben** | **238.000** | **35.000** |
| **Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)** | **-238.000** | **-35.000** |

Das F.F. Altenpflegeheim Hüfingen hat für eine Baumaßnahme Anspruch auf einen Kreiszuschuss in Höhe von 238.000 €. Es besteht für den Landkreis eine Förderverpflichtung gemäß § 5 Landespflegegesetz in Höhe von 20 % der Investitionskosten.

**<u>Beschlussvorschlag:</u>**

1. Dem Einzelplan 2, dem Einzelplan 3 (ohne Naturschutz, UA 3600) dem Einzelplan 4 (ohne die Abschnitte des Jugendhilfeausschusses) sowie dem Abschnitt 55 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Haushaltsentwurfs 2007 wird zugestimmt.
2. Die Abdeckung der Kostenunterdeckung 2004 des Internats der Landesberufsschule wird im Gebührenhaushalt 2007 zu einem Teilbetrag von 86.500 vorgenommen. Der Gebührenhaushalt des Internats wird durch eine Entnahme aus der Überschussrücklage (Teil der Allgemeinen Rücklage) in Höhe von 143.000 € ausgeglichen.